

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

24.09.2010

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kulturbüro

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Dienstag, 06.07.2010

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:55 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 16.03.2010 und ergänzend zum Durchführungsbericht aus der Sitzung des ABKSS am 26.01.2010 - öffentlicher Teil**
-
0288/2010
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6** **Benennung von städtischen Vertretern für die regionale Bildungskonferenz**
0326/2010

- 7** **Zügigkeit der Grundschulen in Refrath**
0285/2010

- 8** **Sanierung von Schulgebäuden**
0347/2010

- 9** **Delfin 4 und Ergebnisse Sprachstandsfeststellung 2009**
0273/2010

- 10** **Aufnahme in das Außerunterrichtliche Angebot der städtischen Grundschulen hier: Festlegung des Verfahrens und der Aufnahmekriterien**
0279/2010

- 11** **Abschluss neuer Kooperationsvereinbarungen für die Außerunterrichtlichen Angebote an den städtischen Grundschulen**
0282/2010

- 12** **Satzung über die Benutzung, die Ordnung und die Verkehrssicherheit im Bereich des Stadions Bergisch Gladbach, Paffrather Straße, 51465 Bergisch Gladbach (Stadionordnung)**
0342/2010

- 13** **Annahme einer Schenkung**
0287/2010

- 14** **Änderung der Archivbenutzungssatzung**
0262/2010

- 15** **Kulturprojektförderung 2. Halbjahr 2009**
0265/2010

- 16** **Jahresbericht Kultur 2009**
0158/2010

- 17** **Archivbericht 2009**
0261/2010

- 18** **Theaterbericht 2009 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**
0269/2010

- 19** **Jahresbericht 2009 Bürgerzentrum Steinbreche**
0333/2010

- 20** **Jahresbericht 2009 Bürgerzentrum Schildgen**
0334/2010

- 21** **Bericht des Stadtverbandes Kultur e.V.**

0322/2010

22 Anträge der Fraktionen

22.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) zum Neubau des Schwimmbades Mohnweg
0289/2010

23 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Basyigit (Integrationsrat), Herr Bräunlich (stellvertretendes Mitglied im ABKSS) und Herr Pfarrer Schneider (von der evangelischen Kirchengemeinde benannter Vertreter) werden vom Vorsitzenden in feierlicher Form unter Verlesung des Verpflichtungstextes eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 16.03.2010 und ergänzend zum Durchführungsbericht aus der Sitzung des ABKSS am 26.01.2010 - öffentlicher Teil - *0288/2010*

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Dr. Miede teilt mit, eine Schülerin der Integrierten Gesamtschule Paffrath habe ihr Abitur mit der Note 1,0 abgelegt.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Die Baumaßnahme Taubenstraße sei eingeleitet und werde in den Sommerferien durchgeführt. Die Finanzierung erfolge über Mittel aus dem Konjunkturpaket II. Die Statik werde dann entsprechend ertüchtigt.
- Die Antwort zur Frage von Frau Scheerer nach den Finanzmitteln zum Integrationskonzept in der letzten Ausschusssitzung müsse noch ergänzt werden. Außer den 5.000 € für den Integrationsrat seien zur Umsetzung des Integrationskonzeptes weitere 50.000 € in den Haushalt eingestellt worden.
- Die FDP-Fraktion habe vor ca. einem Jahr beantragt, die Verwaltung möge sich doch um die Einrichtung eines ZDI-Zentrums bemühen. ZDI bedeute Zukunft durch Innovation, ein Programm des Wissenschaftsministeriums NRW. Durch dieses Programm werde versucht, in einem Verbund zwischen Schulen, Wirtschaft und Wissenschaft den mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Unterricht zu verbessern. Inzwischen gebe es 25 ZDI-Zentren. Leider würden die Otto-Hahn-Schulen kein Siegel erhalten. Trotzdem werde an dem Projekt weiter gearbeitet. Als Partner habe man bereits die Universität Köln und zwei Firmen gewinnen können. Für den Bereich Chemie versuche man derzeit, eine Partnerfirma zu gewinnen. Weiterhin arbeite man an der Umsetzung eines Projektes zur Verbesserung der Durchlässigkeit von Realschule zur gymnasialen Oberstufe.
- Der Termin für die Auftaktveranstaltung Kommunale Bildungslandschaft sei verschoben worden. Sie finde nun am 25. September 2010, Beginn 09.00 Uhr in der Volkshochschule statt. Eine separate Einladung werde noch verschickt.
- Die Volkshochschule sei nun Prüfungszentrum für die Deutschprüfungen für Jugendliche und Berufsanfänger geworden. Sie könne nun ähnlich wie bei den Sprachzertifikaten im Fach Deutsch als Fremdsprache die entsprechenden Prüfungen abnehmen.
- Es habe bei den Vorbesprechungen eine Nachfrage zur Theas Theaterschule gegeben. Theas möchte gerne weiterarbeiten und werde versuchen, die Finanzierung über einen eingetragenen Verein zu sichern. Die Gründungsversammlung für diesen Verein finde am 14.07.2010 um 19.30 Uhr in Theas Theaterschule, Jakobstr. statt.

6. Benennung von städtischen Vertretern für die regionale Bildungskonferenz 0326/2010

Herr Dr. Speer erläutert, bei der Regionalen Bildungskonferenz handele es sich um das jährlich tagende Gremium innerhalb des regionalen Bildungsnetzwerkes. Der Termin für die nächste Bildungskonferenz sei der 16. November 2010. Bei der Besetzung der Bildungskonferenz sollten sowohl der Bereich Schule als auch der Bereich Jugend vertreten sein. Die Verwaltung schlage als ständige Vertreter Frau Lehnert und Herrn Dr. Mieke vor. Als Stellvertreterin für Herrn Dr. Mieke werde Frau Münzer, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, und als Stellvertreterin für Frau Lehnert Frau Schöttler-Fuchs vorgeschlagen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst mehrheitlich bei einer Gegenstimme der Fraktion KIDinitiative die folgende Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport benennt Frau Elke Lehnert und Herrn Dr. Wolfgang Mieke als Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in der regionalen Bildungskonferenz des Rheinisch Bergischen Kreises. Als Stellvertreter werden benannt Frau Münzer (für Herrn Dr. Mieke) und Frau Schöttler-Fuchs (für Frau Lehnert).

7. **Zügigkeit der Grundschulen in Refrath**
0285/2010

Herr Dr. Speer erläutert, bei der Vorlage handele es sich um den Abschluss eines Vorganges, der aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden komme.

Herr Dr. Miede weist vorab auf die gesetzlichen Grundlagen hin:

- Die Klassenfrequenzrichtwerte seien festgelegt in den Verwaltungsvorschriften zu § 93 Abs. 2 Schulgesetz. Bei Grundschulen betrügen diese 18 – 30 Kinder pro Klasse, in Sonderfällen sei eine Absenkung auf 15 Kinder möglich. Die Höchsthäufigkeit betrage jedoch 30 Kinder.
- Die Zügigkeit werde festgelegt in § 46 Abs. 1 Schulgesetz. Sie werde durch den Schulträger, der sie als Rahmen vorgibt, festgelegt.
- Die Mindestgröße der Schule sei festgelegt in § 82 Schulgesetz sowie in den §§ 6 und 93 Schulgesetz.
- Der Beginn der Schulpflicht sei in § 35 Schulgesetz erwähnt.

Auf Rückfrage von Herrn Dr. Miede zum Schulentwicklungsplan mit den demografischen Angaben antwortet Herr Dr. Speer, für die Beschlussfassung sei die erste oder zweite Sitzungsperiode im nächsten Jahr vorgesehen

Frau Koshofer möchte eine ihr zugetragene Anregung aus der Elternschaft weitergeben. Bei der Aufnahme von Kindern in die Grundschulen solle man doch bitte beachten, dass die Ortsnähe vor den Religionen gehe.

Herr Dr. Miede entgegnet, dies werde selbstverständlich beachtet.

Frau Beisenherz-Galas spricht die Einzügigkeit der katholischen Grundschule In der Auen an. Es würden immer mehr Kinder angemeldet, als aufgenommen werden könnten. Daher möchte Sie anregen, über die Einzügigkeit der Schule noch einmal nachzudenken. Die Schule sei hervorragend und habe auch schon Preise gewonnen. Es wäre schade, wenn Kinder auf Grund der Einzügigkeit abgewiesen werden müssten. Sie finde, es solle eine Regelung getroffen werden, die es der Schule ermöglicht, bei Bedarf auch zweizügig geführt zu werden.

Herr Dr. Miede verweist auf die dargestellte Bevölkerungsprognose für den Stadtteil Refrath (Seite 12). Ein weiteres Kriterium sei das Raumangebot. Bei einzügigen Grundschulen sei ein An-/Ausbau nahezu unmöglich, unabhängig von der augenblicklichen finanziellen Situation.

Frau Lehnert hätte gerne gewusst, wie viele Kinder aus den Nachbarbezirken Grundschulen in Refrath besuchten.

Herr Mönkes plädiert dafür, die Fortschreibung der 2007 beschlossenen Zügigkeiten in dieser Sitzung zu beschließen. Auch er verweist auf die Bevölkerungsprognose. Die katholische Grundschule In der Auen habe damals im Zusammenhang mit der Umstellung auf den offenen Ganztagsunterricht abgelehnt, Ausweichquartiere in direkter Nachbarschaft außerhalb des Schulgebäudes zu gewinnen. Sie habe dann freiwillig auf eigene Schulräumlichkeiten für den offenen Ganztagsunterricht zurückgegriffen, obwohl sie gewusst habe, dass sich dies auf die Zügigkeit der Schule auswirke. Er finde, an der Zügigkeit dieser Schule solle nichts verändert werden.

Herr Bräunlich möchte gerne wissen, woher die Bevölkerungsprognose stamme. Ferner hätte er gerne gewusst, warum die Vorverlegung des Einschulalters 2012 weitgehend abgeschlossen sei (Seite 13). Weiterhin teilt er mit, die SPD-Fraktion könne den Vorschlag mittragen, solange die Bevölkerungsentwicklung die Schulentwicklung zulasse.

Herr Pütz antwortet auf die Anregung von Frau Koshofer, es gebe eine freie Schulwahl. Auch vor der Aufhebung der Schulbezirke sei es möglich gewesen, die Schule zu wechseln, solange die Aufnahmekapazität der Schule dies zugelassen habe. Ferner gebe es für die Aufnahme von Kindern gesetzliche Vorgaben. Im Schulgesetz sei der Anspruch auf den Besuch der nächstgelegenen Schule geregelt. Zur Zügigkeit der Grundschule In den Auen führt er aus, diese orientiere sich am Raumangebot. Die Grundschule habe in einem Jahrgang zwei Klassen; dies lasse das Raumangebot zu. Das Schulgebäude lasse jedoch nicht zu, durchgängig in mehreren Jahrgängen zwei Klassen zu haben. Wer über die Zügigkeit nachdenke, müsse auch gleichzeitig über einen Erweiterungsbau nachdenken. Zur Frage von Frau Lehnert nach den Anmeldezahlen von Kindern aus Nachbarbezirken an Refrather Schulen teilt Herr Pütz mit, es gebe dazu keine konkreten Zahlen. Geschätzt seien es wohl jährlich 15 bis 20 Kinder aus Bensberg, die an Refrather Schulen angemeldet würden. Kinder aus Köln würden nur zugelassen, wenn die gewünschte Schule nicht genug Nachfrage aus Bergisch Gladbach habe. Bezüglich der Frage nach der Bevölkerungsprognose teilt er mit, die Vorlage basiere auf der Bevölkerungsprognose der Stadt Bergisch Gladbach vom Oktober 2009 für den Zeitraum bis 2025. Weiterhin führt er auf die Frage von Herrn Bräunlich nach der Vorverlegung des Einschulungsalters aus, es gebe einen harten und einen weichen Stichtag. Bei der Vorverlegung des Einschulungsalters auf den 30.09. handele es sich um den harten Stichtag. Diese Vorverlegung sei 2012 abgeschlossen. Für die Zeit von Oktober bis Dezember eines jeden Jahres werde es eine „Kann-Regelung“ geben. Diese sei zwischen 2013 und 2015 umzusetzen, weicher Stichtag. Kinder, geboren zwischen Oktober und Dezember, die zwar schulpflichtig seien, könnten auf Antrag der Eltern ohne weitere Begründung vom Schulbesuch zurückgestellt werden.

Herr Dr. Miede weist noch darauf hin, die Unterrichtsversorgung einer Schule hänge von der Schüler-Lehrer-Relation ab. Es sei nicht so einfach möglich, eine weitere Klasse einzurichten, da die Bezirksregierung und nicht der Schulträger für das Lehrerangebot zuständig sei.

Frau Beisenherz-Galas findet, auch dies sei ein Grund über die Zweizügigkeit der Grundschule In der Auen nachzudenken, um die Möglichkeit, zwei Klassen aufzunehmen, offen zu lassen und ein Schrumpfen der Schule zu verhindern.

Herr Dr. Speer verweist noch auf die katholische Grundschule in Sand, die seit Jahren einzügig sei. Diese Schule erhalte ihre Attraktivität über ihr besonderes Unterrichtsmodell und habe dadurch immer stabile Anmeldezahlen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst mehrheitlich bei einer Gegenstimme aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Die Zügigkeit der Grundschulen in Refrath wird nicht geändert. Es bleibt bei den mit Schulentwicklungsplan vom 01.03.2007 beschlossenen Zügigkeiten. Danach können die Grundschulen in Refrath im folgenden Rahmen Schüler aufnehmen:

Gemeinschaftsgrundschule Refrath Wittenbergstraße	2 zügig	8 Klassen insgesamt
Gemeinschaftsgrundschule Kippekausen	1 zügig	4 Klassen insgesamt
Katholische Grundschule Frankenforst	2 zügig	8 Klassen insgesamt
Katholische Grundschule Steinbreche	1 zügig	4 Klassen insgesamt
Katholische Grundschule In der Auen	1 zügig	4 Klassen insgesamt

Die Vorgaben können nur in Absprache mit der Schulverwaltung überschritten werden, wenn die Zahl der einzuschulenden Kinder dies erfordern sollte.

8. Sanierung von Schulgebäuden 0347/2010

Herr Dr. Miede erläutert den Grund für die Vorlage und geht vor dem Hintergrund der Einsparmaßnahmen auf die Sanierungsvorhaben der Wilhelm-Wagener-Schule, des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums und des Schulzentrums Saaler Mühle ein.

Herr Waldschmidt dankt dem Vorsitzenden, sich dieser Thematik angenommen zu haben. Auch er sehe eine bedrohliche Zukunft für die Schulen. Der Sanierungsstau liege bei 40 Mio. €, und es sei nicht erkennbar, wie dieser in einem mittelfristigen Zeitraum abgebaut werden könne. Laut Vorlage sei es nicht möglich, mit der finanziellen Ausstattung alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Weiter verweist er auf die Anmeldungen des Fachbereiches 8 für das Investitionsprogramm 2011 bis 2014, nach der die Ansätze zu gering seien, um die nötigsten Investitionen an Immobilien vornehmen zu können, wie z.B. die Umsetzung der rechtlichen Vorgaben, insbesondere im Bereich Brandschutz. Er möchte gerne von der Verwaltung wissen, was unter einem „mittelfristigen Zeitraum“ zu verstehen sei. Weiterhin möchte er gerne wissen, wie der Bürgermeister sich die Verwirklichung der rechtlichen Mindestvorgaben, d.h. insbesondere den Brandschutz vorstelle.

Auch Herr Mömkes möchte gerne die Frage des Brandschutzes von der Verwaltung beantwortet haben und in welchem Umfang noch Maßnahmen vorgesehen seien, insbesondere an den drei genannten Schulen. Unter einem mittelfristigen Zeitraum verstehe er einen Zeitraum von 5 Jahren. Auch er halte es nicht für möglich, den Sanierungsstau von 40 Mio. € mittelfristig abzubauen. Die Sanierungen fänden ja nicht in leeren Schulen statt, sondern sozusagen während des Schulbetriebs. Die Sanierung müssten in vernünftige Bauabschnitte eingeteilt werden, um einen Schulbetrieb weiterhin zu ermöglichen.

Herr Dr. Miede verweist auf die Stadt Köln, die vier große Gesamtschulen mit ca. 8.000 Schülern innerhalb von 2 Jahren saniert habe. Er möchte aber gemeinsam mit dem Ausschuss überlegen, ob und auf welche Art und Weise diese 40 Mio. € für die drei Gebäude zur Verfügung gestellt würden, unabhängig vom Zeitraum. Fest stehe, laut Investitionsplan habe die Stadt keine Möglichkeit diese notwendigen, unumgänglichen Sanierungen der Gebäude durchzuführen. Dies sei das Kernproblem. Daher sei es notwendig über die Mittel des Bäder-Fonds jetzt nachzudenken.

Herr Waldschmidt lädt die CDU- und die FDP-Fraktion gerne ein, gemeinsam noch mal den Gedanken der SPD-Fraktion aufzugreifen, die unbedingt notwendige Sanierung der Schulen über Mittel des Bäder-Fonds durchzuführen.

Herr Schütz schließt sich der Frage von Herrn Waldschmidt und Herrn Mömkes bezüglich des Brandschutzes an. Ferner möchte er wissen, wie die Haftung der Ratsmitglieder sei, wenn Brandschutzvorgaben nicht erfüllt werden könnten.

Herr Martmann erklärt, die Haftungsfrage könne er so nicht beantworten. Er möchte sich in seiner Antwort auch nur auf die hier vorliegende Vorlage beziehen. Richtig sei, im Moment könne man das nicht finanzieren. Dies sei aber schon seit längerem bekannt; die großen Objekte seien zurzeit mittelfristig nicht zu finanzieren. Man befinde sich im Nothaushalt und habe bei den Investitionen klare Restriktionen. Im Moment könne man sehr wünschenswerte Maßnahmen an Schulen nicht realisiert. Die Frage sei, ob es alternative Lösungswege bezogen auf die Finanzierung gebe. Derzeit gebe es Beratungen über die mittelfristige Finanzplanung, die dann in den entsprechenden Fachausschüssen und im Haupt- und Finanzausschuss diskutiert werde. Sicherlich müsse ein Stufenplan erarbeitet werden. Zum Thema Brandschutz teilt er mit, notwendige Maßnahmen an den Schulen würden natürlich sofort erledigt. Die Brandschauen würden regelmäßig alle 5 Jahre

durchgeführt, die dann aufgestellten Zeitpläne gemeinsam mit der Brandschutzdienststelle abgearbeitet. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolge entsprechend ihrer Priorität. Man habe immer Forderungen von den Brandschutzdienststellen erhalten, die dann mittelfristig umgesetzt worden seien. Die Sicherheit der Schulen sei natürlich gegeben. Die großen Sanierungen könnten natürlich, wie schon angesprochen, nicht alleine in den Sommerferien durchgeführt werden. Dafür benötige man zwei bis drei Jahr, unterteilt in mehrere Bauabschnitte, wie derzeit am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium.

Frau Koshofer findet, man müsse über die Verwendung der Mittel aus dem Bäder-Fonds noch weiter diskutieren. Die Bäder dürften nicht gefährdet werden.

Frau Beisenherz-Galas kann sich der Äußerung von Frau Koshofer nicht anschließen. Sie persönlich finde, die Mittel des Bäder-Fonds sollten nicht nur den Bädern zugute kommen. In dieser dramatischen Situation mit diesem Sanierungsstau müsse man wirklich darüber nachdenken, ob nicht zumindest ein Teil der Mittel für dringende Sanierungen verwendet werde. Sanierungen könne man eigentlich nicht aufschieben. Das Nicolaus-Cusanus-Gymnasium warte seit Jahren auf eine Grundsanieung.

Herr Schütz geht vergleichend auf die Investitionen des Abwasserwerkes ein. Da diese rentierlich seien, könnten diese durchgeführt werden. Er möchte dazu anmerken, die Investitionen in die Schulen seien zwar nicht rentierlich, aber für die Bürger wären sie lohnend.

Herr Dr. Miede betont noch einmal, sein Wunsch sei gewesen, dem Ausschuss, der ja auch Schulausschuss sei, noch einmal die Problematik vor Augen zu führen und gemeinsam darüber zu diskutieren. Die neuesten Kürzungslisten seien so dramatisch, daher müsse man auch in den anderen Ausschüssen gemeinsam darüber nachdenken, ob und wie diese Thematik zu lösen sei. Mit den üblichen Haushaltsmitteln sei dies zurzeit nicht möglich.

Herr Kraus merkt an, der Ausschuss sei auch ein Sportausschuss. Er wundere sich über die SPD-Fraktion, die ein Gesamtkonzept fordere, hier aber eine Einzelmaßnahme herausnehme. Dies widerspreche sich. Die CDU-Fraktion lade die SPD –Fraktion ebenfalls gerne ein, zu den Haushaltsberatungen gemeinsame Überlegungen anzustellen. Eine Gesamtschau müsse erstellt werden. Er gibt auch zu bedenken, eine Auflösung des Bäder-Fonds könne ein Hereinziehen der Bäder in den Gesamthaushalt und in die Restriktionen des Nothaushaltes zur Folge haben.

Herr Dr. Miede entgegnet, die Schulen seien kein Einzelproblem. Die Schulen seien ein Dauerproblem. Eine Verfahrensweise solle gemeinsam erarbeitet werden. Er hoffe, in den anderen Ausschüssen werde entsprechend diskutiert. Ihm liege vor allem daran, dass dies bei den Beratungen zum Haushaltssicherungskonzept entsprechend behandelt werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Delfin 4 und Ergebnisse Sprachstandsfeststellung 2009 *0273/2010*

Herr Dresbach möchte gerne eine Erklärung für die unterschiedlichen Zahlen der Förderung auf Seite 36, vorletzter Absatz haben. Ferner möchte er wissen, wie die Kinder ermittelt würden, die nicht in einer Kindertagesstätte seien (Seite 37) und wie die Frage der Fahrtkosten, die unter Punkt 6 (Seite 38) angesprochene sei, gelöst werde (Seite 38).

Herr Pütz verweist auf die zusammenfassende Tabelle auf Seite 37. Im Jahr 2009/2010 seien 157 Sprachstandsverfahren abgeschlossen worden. Von den 157 festgestellten Sprachförderbedarfen hätten bisher 35 Kindertagesstätten für 140 Kinder Anträge auf Förderung der Sprachkompetenz gestellt. Zur Ermittlung der Kinder, die keine Kindertagesstätte besuchten, erläutert Herr Pütz, werde eine Tabelle aus dem Einwohnermelderegister zum Abgleich den Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Eltern von Kindern, die keiner Kindertagesstätte zuzuordnen seien, würden dann gesondert angeschrieben und zu den Sprachstandstest eingeladen. Die Frage der Fahrtkosten sei noch nicht gelöst. Derzeit würden diese aus dem Bußgeldfonds bezahlt. Auch der benötigte Betrag sei nicht vorherzusagen. Dieser hänge ab von der Anzahl der Kinder, die Sprachförderbedarf hätten und keine Kindertagesstätte besuchten.

Herr Dr. Bernhauser erklärt, über diese Frage sei auch im Jugendhilfeausschuss gesprochen worden. Es würden jährlich Ausgaben in Höhe von 360 € anfallen und über den Bußgeldfonds gedeckt.

Herr Mömkes merkt an, in Bergisch Gladbach benötigten 10 % weniger Kinder Sprachförderung als im Landesdurchschnitt. Er möchte gerne wissen, wie viele Kinder, bei denen Sprachförderbedarf attestiert worden sei, die Sprachförderung auch wahrnahmen.

Herr Pütz erläutert, alle Eltern, deren Kinder Sprachförderbedarf attestiert bekämen, seien verpflichtet, ihre Kinder an Sprachfördermaßnahmen teilnehmen zu lassen. Dies gehöre zur Schulpflicht und sei mit Zwang durchsetzbar. Bisher sei ihm jedoch kein Fall einer Verweigerung bekannt.

Auf die Frage von Frau Glamann-Krüger, ob Kinder, die zum Zeitpunkt des Testes im Ausland gelebt hätten, diesen Test nachholen könnten und ob eine Sprachförderung dann auch noch möglich wäre, antwortet Herr Pütz, die Schulen seien bei der Aufnahme in die Schule gehalten noch einmal eine Sprachstandsfeststellung zu machen. Eine Sprachfördermaßnahme, wenn auch in einem anderen Umfang, sei dann noch möglich.

Herr Schütz möchte gerne wissen, ob es Untersuchungen über die Ursachen des Sprachrückstandes und des sich daraus ergebenden Förderbedarfs gebe und ob es nicht effizienter wäre, die Ursachen zu behandeln.

Herr Dr. Speer antwortet, ihm seien keine wissenschaftlichen Untersuchungen über die Ursachen bekannt. Die Sprachstandsfeststellungen seien eingeführt worden, nachdem seitens der Schulen festgestellt wurde, dass bei Kindern im ersten Schuljahr vielfach sprachliche Defizite vorlägen. Um diesen Kindern frühzeitig direkt zu helfen, seien die Fördermaßnahmen eingeführt worden. Der Grund des sprachlichen Defizits liege sehr wahrscheinlich im Umfeld des Kindes.

Herr Dr. Mieke findet, es sei wichtig die Kinder zu erfassen, die diese Bedürftigkeiten hätten und ihnen zu helfen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

10. Aufnahme in das Außerunterrichtliche Angebot der städtischen Grundschulen hier: Festlegung des Verfahrens und der Aufnahmekriterien
0279/2010

Herr Dr. Speer erklärt, bei der Vorlage handele es sich um eine von Schule und Jugendhilfe gemeinsam erarbeitete Vorlage. Der Jugendhilfeausschuss habe die Vorlage in seiner Sitzung am

29.06.2010 mehrheitlich gegen eine Stimme aus der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) in der hier vorgelegten Fassung beschlossen.

Herr Waldschmidt spricht die Entscheidung über die Aufnahme der Kinder an. Laut Ziffer 3 – weitere Regelungen Absatz 4 entscheide über die Aufnahme der Kinder in das Außerunterrichtliche Angebot der Träger des Außerunterrichtlichen Angebots bzw. die von ihm beauftragte Leitung im Einvernehmen mit der Schulleitung. Er möchte gerne wissen was passiert, wenn kein Einvernehmen erzielt werde.

Herr Pütz sieht in einem solchen Falle die Basis der Zusammenarbeit als nicht mehr gegeben, evtl. müsse dann eine neue Kooperation abgeschlossen werden. Jugendamt und Schulverwaltung würden sich dann einschalten.

Frau Lehnert stimmt Herrn Pütz zu. Sie möchte der Verwaltung, die im Einvernehmen mit allen Beteiligten eine sehr praktikable Lösung erarbeitet habe, danken.

Herr Dr. Mieke schließt sich den Worten von Frau Lehnert an und stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst mehrheitlich bei einer Gegenstimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) den folgenden Beschluss:

Das in der beigegeführten Anlage beschriebene Vorgehen und die dort erwähnten Aufnahmekriterien werden verbindlich für alle Außerunterrichtlichen Angebote im Rahmen des Offenen Ganztags an den städtischen Grundschulen festgelegt.

11. Abschluss neuer Kooperationsvereinbarungen für die Außerunterrichtlichen Angebote an den städtischen Grundschulen
0282/2010

Herr Dr. Speer erläutert, auch diese Vorlage sei das Ergebnis eines gemeinsamen Prozesses zwischen Jugendhilfe und Schule. Die Kooperationsvereinbarung sei eine Mustervereinbarung, welche standortspezifisch angepasst werden könne. Der Jugendhilfeausschuss habe der Vorlage in seiner Sitzung am 29.06.2010 mehrheitlich gegen eine Stimme aus der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) in der hier vorgelegten Fassung zugestimmt.

Herr Dr. Mieke weist lobend darauf hin, in Bergisch Gladbach besuchten mehr als 50 % der Grundschulkinder das Außerordentliche Angebot. Damit liege Bergisch Gladbach erheblich über dem Landesdurchschnitt.

Auf Rückfrage von Herrn Schütz, warum keine finanziellen Auswirkungen eingetragen worden seien, antwortet Herr Pütz, die Ablösung der bisherigen Kooperationsverträge habe keine finanziellen Auswirkungen.

Herr Bräunlich möchte gerne den Begriff persönliche Eignung (Seite 47, Ziffer 3) erläutert haben. Ferner möchte er wissen, wie die dritte Personengruppe bei § 4 Abs. 2 (Seite 51) definiert und was unter „Gefahr im Verzug“ in § 5 Abs. 3 (Seite 52) zu verstehen sei. Zuletzt möchte er wissen, wer im Konfliktfall (§ 12, Seite 54) entscheide.

Herr Pütz erläutert, der Begriff persönliche Eignung gemäß § 72 a Sozialgesetzbuch Aches Buch sei eine Anlehnung aus dem Begriff aus dem Ordnungsrecht, welches von zuverlässigen Personen

spreche. Diese Personen müssten durch ein erweitertes Führungszeugnis ihre Zuverlässigkeit und Unbescholtenheit nachweisen. Der unter § 4 (2) (Seite 51) verwandte Begriff „andere geeignete Personen“ sei ein unbestimmter Begriff. Hiermit seien z.B. die Mütter, die schon seit Jahren Hausaufgabenbetreuung machten, Übungsleiter von Sportvereinen oder auch Handwerker, die die Kinder an das Berufsleben heranführten – wie in der Wilhelm-Wagener-Schule – gemeint. Gefahr im Verzug liege vor, wenn ein rechtzeitiges Eingreifen der allgemein zuständigen Instanz zur Gefahrenabwehr objektiv nicht mehr möglich sei, und wenn ohne sofortiges Eingreifen der an sich unzuständigen Stellen der drohende Schaden tatsächlich entstände oder der Erlass einer schriftlichen Ordnungsverfügung zu spät käme, um den Eintritt des Schadens zu verhindern (aus 6.11 VV OBG). In diesem Fall habe der Schulleiter gegenüber dem im Außerunterrichtlichen Angebot tätigen Personen Weisungsrecht. Zur Frage nach der Entscheidung im Konfliktfall führt er aus, solle eine Einigung nicht herbeigeführt werden können, müsse man im äußersten Fall die Kooperation an sich in Frage stellen.

Frau Scheerer spricht den Wegfall des Auftrags der Förderung bei Legasthenie und Dyskalkulie an (Seit 47, Ziffer 6). Sie möchte gerne wissen, wo diese Förderung dann stattfindet.

Herr Pütz erklärt, früher habe es für die Förderung bei diesen besonderen Lerndefiziten einen besonderen Titel im Jugendamt gegeben, der im Einzelfall von den Schulen in Anspruch genommen werden konnte. Mit Einführung des Außerordentlichen Angebotes habe man diese Förderung in den Pflichtenkatalog für das Außerunterrichtliche Angebot aufgenommen. Dies habe sich jedoch nicht bewährt. Somit werde die alte Regelung wieder eingeführt.

Herr Dr. Miede stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der DIE LINKE. (mit BfBB) den folgenden Beschluss:

- 1. Auf der Grundlage des vorgelegten Musters für eine Kooperationsvereinbarung schließt der Bürgermeister mit den jeweiligen Trägern des Außerunterrichtlichen Angebots und den jeweiligen Schulen eine standortspezifische Kooperationsvereinbarung ab.**
- 2. Die neue Trägerschaft über das Außerunterrichtliche Angebot an der Wilhelm-Wagener-Schule durch den Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e. V. wird zur Kenntnis genommen.**

12. Satzung über die Benutzung, die Ordnung und die Verkehrssicherheit im Bereich des Stadions Bergisch Gladbach, Paffrather Straße, 51465 Bergisch Gladbach (Stadionordnung)

0342/2010

Herr Waldschmidt fragt, ob es eine Mustersatzung des Fußball- und Leichtathletikverbandes gebe und ob diese verwandt worden sei. Weiterhin möchte er gerne wissen, ob der § 7 (Abgabe von Speisen und Getränken) nur für sportliche Veranstaltungen oder auch für nicht-sportliche Veranstaltungen gilt. Hier werde das Probleme gesehen, dass Kulturveranstaltungen, wie z. B. ein Rockfestival oder ähnliches, überhaupt nicht stattfinden könnten, da ja dann lediglich dieses so genannte Leichtbier veräußerbar wäre. Weder Kölsch, welches einen Alkoholgehalt von 4,8 % habe, noch andere Alkoholika mit mehr Volumenalkohol seien dann nach dieser Stadionordnung gar nicht zulässig. Er möchte gerne wissen, ob dies entsprechend zu regeln sei.

Herr Weirich teilt mit, es gebe vom Westdeutschen Fußball- und Leichtathletikverband und auch von anderen Verbänden eine Musterordnung. Bei der Erstellung der Stadionordnung seien diese und auch die bereits existierenden Ordnungen anderer Städte sowie von Bundesligavereinen zur Rate gezogen worden. Bezüglich § 7 Abs. 1 möchte er gerne vorschlagen, den Begriff Leichtbier in Bier und den Alkoholgehalt von 3,5 % auf 4,8 % zu ändern. Dies sei der Alkoholgehalt bei Kölsch. Bei den so genannten Sicherheitsspielen verbiete die Polizei sowieso von vornherein den Ausschank von Alkohol. Er lehne jedoch bei nicht-sportlichen Veranstaltungen die Tolerierung von Alkoholika mit einem höheren Alkoholgehalt ab.

Herr Dr. Mieke schlägt folgende Formulierung bei § 7 Abs. 1 Satz 1 und 2 vor: „Der Verkauf und der Ausschank von alkoholischen Getränken **bei Sportveranstaltungen** innerhalb des Geltungsbereichs der Stadionordnung ist nicht gestattet. Ausgenommen von diesem Verbot ist der Verkauf und der Ausschank von **Bier** mit einem Alkoholgehalt von maximal **4,8 %**, es sei denn, dass Polizei- oder Ordnungsbehörden diesbezüglich Bedenken äußern.“

Herr Schütz fragt an, ob bei den Vorberatungen zu dieser Stadionordnung der Stadtverband, der ja die Sportvereine vertritt, bzw. der Rheinische Turnerbund (RTB), der dort seinen Stützpunkt habe und dort auch Veranstaltungen durchführe, einbezogen worden seien.

Herr Weirich teilt mit, dies sei nicht geschehen und auch nicht für notwendig erachtet worden. Er weist darauf hin, die Erstellung einer Stadionordnung sei das ureigenste Recht des Stadioneigentümers, d.h. der Stadt Bergisch Gladbach.

Die Frage von Herrn Schütz, ob die Vuvuzelas auch zu den unter § 6 Abs. 1 Nr. 8 aufgeführten mechanisch betriebenen Lärminstrumenten gehörten, beantwortet Herr Dr. Mieke mit ja.

Herr Schütz möchte ferner wissen, warum unter § 6 Abs. 1 Nr. 10 nicht auch linksradikales Propagandamaterial aufgeführt sei. Er beantrage, die Aufnahme dieses Begriffes.

Herr Dr. Mieke pflichtet Herrn Schütz bei. Der § 6 Abs. 1 Nr. 10 solle um den Begriff linksradikales Propagandamaterial ergänzt werden.

Herr Dr. Mieke stellt den Beschlussvorschlag in der vorliegenden Form mit den vorgeschlagenen Änderungen zur Abstimmung. Diese Änderungen lauten:

§ 6 Abs. 1 Nr. 10
rassistisches, fremdenfeindliches, rechts- oder linksradikales Propagandamaterial;

§ 7 Abs. 1 Satz 1 und 2:
Der Verkauf und der Ausschank von alkoholischen Getränken **bei Sportveranstaltungen** innerhalb des Geltungsbereichs der Stadionordnung ist nicht gestattet. Ausgenommen von diesem Verbot ist der Verkauf und der Ausschank von **Bier** mit einem Alkoholgehalt von maximal **4,8 %**, es sei denn, dass Polizei- oder Ordnungsbehörden diesbezüglich Bedenken äußern.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

Die Satzung über die Benutzung, die Ordnung und die Verkehrssicherheit im Bereich des Stadions Bergisch Gladbach, Paffrather Straße, 51465 Bergisch Gladbach (Stadionordnung) wird in der vorgelegten Form mit den vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

13. Annahme einer Schenkung
0287/2010

Herr Dr. Vomm teilt mit, die national bekannte, renommierte Künstlerin Claudia Busching stiftete 10 größere Arbeiten für die Papiersammlung der Städtischen Galerie Villa Zanders. Claudia Busching sei eine der führenden Künstlerinnen im Bereich Papier und in allen großen Museen wie in Berlin, Nürnberg und anderen Großstädten vertreten. Durch die Schenkung erweitere sich die Papiersammlung um einige interessante Akzente.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Die Schenkung der Künstlerin Claudia Busching wird angenommen. Ihr soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

14. Änderung der Archivbenutzungssatzung
0262/2010

Herr Dr. Eßer erläutert kurz die Gründe für die Änderung der Archivbenutzungssatzung. Zum einen sei eine Anpassung an die gesetzlichen Änderungen vorgenommen worden. Zum anderen seien die technischen Möglichkeiten durch die Digitalisierung in den letzten Jahren stark angewachsen. Mit der Gestaltung der Gebührensätze wolle man erreichen, dass Originale weniger für Kopien genutzt würden. Dies diene der Bestandserhaltung und reduziere die Restaurierungskosten. Ferner möchte man die Nutzung von Mikrofilmen und Digitalisaten unterstützen. Dies steigere auch den Benutzungskomfort. Von den im Archiv vorhandenen Zeitungen seien 90 % auf Mikrofilm, 90 % der Fotos seien gescannt. 16 % der Akten seien mit Hilfe der Sicherungsverfilmung des Bundes auf Mikrofilm aufgenommen.

Herr Dr. Miede merkt an, gut sei, dass die Gebühren für schulische Zwecke erlassen würden (§ 8 Abs. 4 Buchstabe b).

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

Der III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Unterhaltung und Benutzung des Stadtarchivs Bergisch Gladbach (Archivbenutzungssatzung) wird zugestimmt.

15. Kulturprojektförderung 2. Halbjahr 2009
0265/2010

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

16. Jahresbericht Kultur 2009
0158/2010

Herr Dr. Miede schlägt vor, die einzelnen Berichte nacheinander zu behandeln.

Kulturförderung

Frau Koshofer hat eine Nachfrage zu den Kulturförderrichtlinien. Sie möchte gerne wissen, bis wann die Anträge eingereicht werden müssen. Ferner fragt sie nach der Anzahl der Ablehnungen.

Frau Weymans erläutert, die Anträge seien bis zum 15.11. des Jahres für im 1. Halbjahr des Folgejahres stattfindende Kulturprojekte einzureichen. Anträge für im 2. Halbjahr stattfindende Projekte seien bis zum 15.5. des Jahres vorzulegen. In 2009 seien 5 Anträge abgelehnt worden.

Stadtbücherei

Frau Dietsch spricht die Dauer der Mitgliedschaft an. Familien könnten evtl. beim erstmaligen Besuch von der einjährigen Mitgliedschaft abgeschreckt werden. Sie möchte gerne wissen, ob die Einführung von Schnuppermitgliedschaften oder kurzfristige Mitgliedschaften von z.B. drei Monaten möglich sei.

Frau Lenz-Reichwein teilt mit, es gebe bereits Schnupperausweise und Mitgliedschaften mit kürzerer Laufzeit.

Herr Dr. Bernhauser ist erfreut über die gute Annahme des Schüler-Lerncenters. Er möchte noch wissen, ob eine Erweiterung der Öffnungszeiten, wie bereits mehrfach schon angeregt, möglich sei.

Frau Lenz-Reichwein teilt mit, dieses Thema sei auch ihr sehr wichtig, weist jedoch auf die derzeitige personelle Besetzung hin. Eine Ausweitung der Öffnungszeiten sei leider mit dem noch vorhandenen Personal nicht möglich. Momentan gebe es noch 10 Vollzeitstellen. Urlaube, Krankheiten und interne Arbeiten seien abzudecken. Ferner müsse in der Bücherei Bensberg personell ausgeholfen werden. Evtl. sei es möglich, durch die Einstellung von Fachstudenten als geringfügig Beschäftigte das Stammpersonal zu den Ausleihzeiten verstärken.

Herr Dr. Speer erklärt ergänzend, der Rat habe vor vielen Jahren den Beschluss gefasst keine geringfügig beschäftigten Arbeitsverhältnisse einzugehen. Es müsse also erst ein Antrag gestellt werden, diesen Beschluss zumindest für bestimmte Bereiche aufzuheben.

Herr Rockenberg teilt mit, der Rat habe diesen Beschluss vor der Zeit der Haushaltskonsolidierung gefasst. Im Zuge der Beratungen über Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen müsse man darüber nachdenken, ob dieser Beschluss aufrechterhalten bleiben könne. Er empfiehlt diese Thematik bei den Beratungen über die Haushaltskonsolidierung mit zu entscheiden.

Herr Mömkes betont, dies solle aber nur für die Ausweitung der Öffnungszeiten bei der Bücherei gelten.

Damit erklärt sich Herr Dr. Miede einverstanden. Die Angelegenheit solle bei den Beratungen eingebracht werden.

Auch Herr Bräunlich lobt das Schüler-Lerncenter. Er möchte gerne wissen, was mit der generell schwierigen Situation im ersten Quartal 2009 in Bensberg gemeint sei (Seite 100).

Frau Lenz-Reichwein erläutert, bis zum 31.03.2009 sei die Bücherei Bensberg noch in Trägerschaft des Progymnasiums gewesen. Mit schwieriger Zeit sei die Übernahme der Trägerschaft gemeint.

Frau Koshofer fragt, ob es möglich sei in der Stadtbücherei auch Bücher für muslimische Kinder anzubieten. Sie denke da speziell an Kinderbücher in deutscher Sprache, die den islamischen Hintergrund zum Thema haben. Es sei auch gerade ein neuer Verlag gegründet worden.

Frau Lenz-Reichwein erklärt, die Stadtbücherei kooperieren eng mit der RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in NRW) zusammen. Die RAA halte begleitende Literatur in vielen Sprachen vor. Evtl. sei es möglich, mit Hilfe der RAA einen Bestand aufzubauen.

Herr Schütz erläutert ergänzend, der von Frau Koshofer angesprochene Verlag habe ein Programm aufgelegt, welches sich gezielt an Kinder mit orientalischem Migrationshintergrund wende und entsprechende Geschichten aus diesem Kulturkreis in deutscher Sprache vermittele. Diese Bücher könnten als Lernförderung für die deutsche Sprache in den Bestand der Stadtbücherei aufgenommen werden. Es gehe weniger um fremdsprachige Literatur.

Herr Schwamborn möchte sich noch bei den Ausschussmitgliedern und dem Rat für die Entscheidung bedanken, die Bücherei Bensberg wieder in die Trägerschaft der Stadt zurückgeführt zu haben. Er teilt mit, der Förderverein möchte gerne in den neuen Räumen der Bücherei ebenfalls ein Schüler-Lerncenter einrichten. Dafür würden Sponsoren gesucht.

Herr Dr. Speer bietet Herrn Schwamborn an gemeinsam nach Sponsoren zu suchen.

Frau Dietsch möchte gerne wissen, ob die Bücherei insgesamt mit den Ausleihzahlen und der Steigerung um 3% zufrieden sei.

Frau Lenz-Reichwein erklärt, die Ausleihzahlen im Forum seien weitaus besser. Die Steigerung um 3 % beziehe sich auf das Gesamtergebnis einschließlich Bensberg. Inzwischen sei am Standort Bensberg Ruhe eingeleitet, dies merke man auch am Ausleihverhalten. Eine Verbesserung werde nochmals durch den Umzug erwartet. Sie sehe für den Standort Bensberg in Zukunft eine positive Entwicklung, was sich sicherlich auch in den Ausleihzahlen niederschlagen werde. Ein Problem stelle aber das fehlende Budget für Medien auf Grund des Nothaushaltes dar. Derzeit dürften 50 % der Einnahmen (65.000 €) für Medien ausgegeben werden. Im Jahr 2008 hätten noch 100.000 € zur Verfügung gestanden. Dies schlage sich auch in den Ausleihzahlen nieder.

Volkshochschule

Frau Dr. Killersreiter erläutert, trotz sinkender Teilnehmerzahlen in 2009 habe man die Deckungsquote bei 160 % halten können. Die äußerst beliebten Gymnastik- und Sprachkurse hätten eine Überdeckung hervorgerufen, die die Unterdeckung bei den Alphabetisierungskursen, Schulabschlusskursen und Einzelveranstaltungen aufgefangen habe. Bei den Schulabschlusskursen hätte die Volkshochschule, nachdem einer Klage der freien Träger und der freien Wirtschaft stattgegeben wurde, keine Hauptabschlusskurse mehr anbieten dürfen. Gegen diese Entscheidung habe der Deutsche Verband der Volkshochschulen Einspruch beim europäischen Gerichtshof eingelegt. Diesem Einspruch sei nun stattgegeben worden. Ab 2011 könne die VHS hoffentlich wieder Hauptschulabschlusskurse anbieten. Derzeit biete die VHS Fachoberschulreife-kurse an. Die Nachfrage nach den Schulabschlusskursen sei groß, der Bedarf könne nicht gedeckt werden.

Herr Dr. Bernhauser spricht die besonderen Aktivitäten wie den Computerpass Xpert und Tastschreiben an. An diesen Kursen würden viele Schülerinnen und Schüler aus Bergisch Gladbacher Schulen teilnehmen. Der Bereich EDV, dem auch diese Maßnahmen zuzuordnen seien, liege an zweithöchster Stelle der Überdeckung durch Teilnehmerentgelte. Er möchte gerne wissen, ob die Beiträge für diese Kurse, die Eltern von Schülerinnen und Schülern für die zusätzliche Bildung ihrer Kinder ausgaben, angemessen und sozial ausgewogen seien. Er finde, eine VHS müsse nicht nur effizient und wirtschaftlich, sondern eine städtische Einrichtung müsse auch sozial ausgewogen arbeiten.

Frau Dr. Killersreiter erklärt, die Prüfungskosten für den Computerpass Xpert betragen alleine 93 € und erhöhten die Kursgebühr. Diese Kosten müssten an die Teilnehmer weitergegeben werden. Viele Eltern möchten für ihre Kinder einen offiziellen bewerbungsfähigen Nachweis erhalten, dieser erfülle das Zertifikat. Ermäßigungen würden gegen entsprechende Nachweise gewährt, dies stehe auch in der Geschäftsordnung. Bei den übrigen Computerkursen achte man auf eine Deckungsquote von 155 %. Im Trend lägen derzeit Computerkurse für 55+ und Spezialschulungen, wie z.B. Sicherheit im Internet.

Frau Dietsch hat eine Frage zur Raumauslastung. Sie möchte gerne wissen, ob es theoretisch möglich wäre, der Theas Theaterschule Räume für die Proben zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Killersreiter antwortet, die Räume seien im Prinzip durch den normalen Schulbetrieb ausgelastet. Gerade die großen Räume, wie der große Vortragssaal und die Turnhalle seien abends ausgebucht. Weiterhin könnten die Räume nicht kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Die VHS müsse selber Miete zahlen. Daher müsse sie anderen Nutzern auch eine Miete in Rechnung stellen.

Herr Waldschmidt hat eine Frage zu den Einzelveranstaltungen. Diese seien eingeschränkt worden, da sie sehr betreuungsintensiv und damit finanziell nicht so attraktiv seien. Er möchte gerne wissen, ob die Reduzierung weitergeführt werde. Ferner spricht er die Teilnehmerzahlen der Fachoberschulreifekurse an. Diese erscheinen ihm für eine Stadt wie Bergisch Gladbach doch ziemlich gering. Er möchte gerne wissen, ob es Vergleichswerte mit Städten ähnlicher Größenordnung gebe und ob man die Teilnehmerzahlen durch gezielte Bewerbung erhöhen könnte.

Frau Dr. Killersreiter erläutert, die Teilnehmerzahlen an den Schulabschlusskursen könnten nicht erhöht werden, da nur 30 Plätze vorhanden seien. Es lägen viele Anfragen vor. Jedoch könnten weitere Schulabschlusskurse aus Kostengründen derzeit nicht durchgeführt werden. Vergleichszahlen anderer Städte habe sie nicht. Die Einzelveranstaltungen seien aus verschiedenen Gründen reduziert worden. Zwei wichtige Organisatoren dieser Veranstaltungen, Herr Ludwig und Herr Dr. Bareiß, seien ausgeschieden. Ferner sei die Organisation der Einzelveranstaltungen administrativ aufwändiger als die der Kurse. Die Teilnehmerzahlen würden zurückgehen, obwohl das Entgelt mit 6 € nicht sehr hoch liege bzw. verschiedene sogar kostenfrei seien. Ein Grundangebot werde jedoch bleiben.

Haus der Musik

Herr Dresbach möchte gerne wissen, ob das Oldie-Projekt noch erweitert werden könne. Ferner fragt er, ob die Schulkooperationen mit den weiterführenden Schulen noch ausgebaut werden könnten.

Herr Herweg erläutert, das Oldie-Projekt sei gut angenommen worden, derzeit gebe es vier Kurse, eine Ausweitung sei leider auf Grund der fehlenden räumlichen Kapazitäten in der Musikschule nicht möglich. Zu den Schulkooperationen erklärt er, viele weiterführende Schulen hätten ein starkes musikalisches Profil, was sich auch in hervorragenden Konzerten äußere. Die Musikschule würde viele Schüler für die Ensembles vorbereiten. Derzeit gebe es auch Kooperationen beim Projekt Bläserklassen mit dem NCG und der IGP.

Frau Lehnert hätte gerne gewusst, ob die Ausweitung des Ganztagsbetriebes an den Schulen zu Problemen bzgl. der räumlichen Nutzungsmöglichkeiten für die Musikschule geführt habe.

Herr Herweg dankt Frau Lehnert für diese Frage. Hier komme ein gravierendes Problem auf die Musikschule zu. Die Musikschule habe nur zwei eigene Räumlichkeiten, das Gebäude

Langemarckweg und die angemieteten Räume an der Kölner Straße. Weiterhin seien sie auf die Räume überwiegend in den Grundschulen angewiesen. Das Kernangebot, welches überwiegend in Form von Kleingruppen oder Einzelunterricht durchgeführt werde, sei sehr raumintensiv. Durch die Ausweitung des Ganztags würden sie im Moment gewaltige Einschnitte erfahren. Eine Lösung sei noch nicht in Sicht.

Herr Dr. Miede bittet Herrn Herweg den Raumbedarf der Musikschule aufzulisten, damit der Ausschuss über mögliche Lösungen beraten könne.

Frau Dietsch spricht die konstanten Schülerzahlen an. Die Befürchtungen, die Familien hätten nicht mehr genug Geld bzw. die Kinder nicht mehr genügend Zeit für den Musikunterricht, hätten sich nicht erfüllt. Sie möchte gerne wissen, ob es dafür eine Erklärung gebe.

Herr Herweg erklärt, noch seien die Schülerzahlen auf Grund der Projekte relativ stabil. Die Wartelisten im Einzelunterricht seien jedoch stark zurückgegangen.

Auf die Anregung von Frau Koshofer verstärkt Kooperationen mit den Ganztage einzugehen, antwortet Herr Herweg, bei den Kooperationen im Ganztage handle es sich um eine Art AG-Angebot, wo mehrere Kinder in Großgruppen unterrichtet würden. Der Musikschule komme es aber auch darauf an, das Kernangebot zu gewährleisten und Schülern die Möglichkeit zu geben außerhalb des Ganztags Unterricht wahrzunehmen.

Kunst- und Kulturbesitz

Herr Dr. Vomm erläutert, alle Kulturveranstaltungen, die in den städtischen Museen stattfinden, würden restlos über die Fördervereine finanziert. Die Vereine hätten teilweise auch die Beaufsichtigung der Veranstaltungen und der Einrichtungen übernommen. Der Galerie und Schloss e.V. habe im vergangenen Jahr etwa 100.000 € für die Städtische Galerie und ihre Veranstaltungen ausgegeben. Der Verein allein Sorge dafür, dass es weiter Ausstellungen, Konzerte und Vortragsveranstaltungen in der Villa Zanders gebe, das Haus noch Publikationen herausgeben könne und ein museumspädagogisches Angebot, wie auch ein Kinderkünstlerfest stattfinden. Der Verein sei für den Fortgang der Einrichtung von großer Bedeutung.

Herr Bräunlich teilt mit, die SPD-Fraktion lobe ganz besonders das breite Angebotsspektrum. Er möchte noch wissen, wie die Verwaltung die fehlenden Mittel im Bergischen Museum abfange und wer die Aufgaben von Herrn Schlösser übernommen habe.

Herr Dr. Vomm erklärt, die Aufgaben von Herrn Schlösser habe niemand übernehmen können. Man habe große Probleme, die Nachfrage nach Veranstaltungen zu befriedigen. Eine permanente Präsenz bei Abend- und Nachtveranstaltungen und sonstige Beanspruchungen könnte derzeit nur in eingeschränktem Umfang geleistet werden. Auf die Frage nach dem Auffangen der fehlenden finanziellen Mittel im Bergischen Museum könne er keine Antwort geben. Eine solche Entscheidung liege nicht in seiner Macht. Es beständen große Probleme, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Sämtliche Vorführungen, Führungen und Kassendienste würden über ehrenamtliche Kräfte abgewickelt. Eine weitere Steigerung des ehrenamtlichen Engagements in den Häusern sei im Augenblick nur schwer vorstellbar.

Frau Dietsch hat eine Nachfrage zur Besucherzahl. Die Anzahl der Besucher habe sich erhöht, was aber auf die rapide Zunahme privater Veranstalter zurückzuführen sei. Sie möchte gerne wissen, ob es eine Statistik gebe über die Anzahl der Ausstellungsbesucher und der Besucher privater Veranstaltungen, getrennt für alle Museen.

Herr Vomm teilt mit, es gebe keine getrennte Erhebung. Etwa $\frac{3}{4}$ der Besucher kämen wegen der Ausstellungen und $\frac{1}{4}$ besuchten eine private Veranstaltung.

Frau Beisenherz-Galas spricht den zukünftigen Ruhestand von Herrn Dr. Vomm an. Sie finde, es sei ein unhaltbarer Zustand die Stelle ein Jahr nicht wiederzubesetzen angesichts der vielen Aktivitäten, die abgedeckt werden müssten. Sie möchte von der Verwaltung wissen, wie diese diesen Zustand aufzufangen gedenke. Ferner fordert sie den Ausschuss auf, sich für eine frühzeitige Wiederbesetzung der Stelle stark zu machen.

Herr Dr. Miede weist auf die gesetzlichen Vorgaben hin.

Herr Dr. Speer ergänzt, auch der Kulturausschuss habe sich an geltende Gesetze zu halten. Nach den Kriterien, die das Innenministerium für Nothaushaltskommunen erlassen habe, liege grundsätzlich erst mal auf jeder Stelle eine Wiederbesetzungssperre von einem Jahr. Ausnahmen seien nur auf Grund gesetzlicher Vorgaben möglich, wie z.B. durch § 79 Schulgesetz. Für den kompletten freiwilligen Bereich, zu dem auch die Kultur zähle, gelte die Wiederbesetzungssperre.

Herr Schütz stimmt Herrn Dr. Speer in Bezug auf das Haushaltsrecht zu. Aber auch er möchte gerne wissen, wie sich Herr Dr. Speer die Weiterführung der Villa Zanders bzw. der Städtischen Galerie und der anderen Museen vorstelle. Es müsse doch ein Konzept geben bzw. entwickelt werden, wie das Haus in Zukunft geführt werde, unabhängig von der direkten Personalstelle.

Herr Dr. Speer erklärt, ein Konzept werde entwickelt. Derzeit werde in vielfältige Richtungen gedacht und man sei mit verschiedenen Akteuren im Gespräch. Eine konkrete Lösung habe er jetzt aber noch nicht.

Herr Rockenberg erklärt, aus fachpolitischer Sicht sei alles nachvollziehbar. Aber der Nothaushalt bringe eben Probleme mit sich, wie die der Wiederbesetzungssperre und der Zwangsvorgaben im Investivbereich. Ferner gebe es die Korridorvorgabe, nach der 10 % im freiwilligen Bereich - und dazu gehöre auch die Kultur - einzusparen sei. Die Politik und die Verwaltung müssten sich gemeinsam über Möglichkeiten Gedanken machen in allen Bereichen.

Frau Dietsch stimmt Herrn Rockenberg zu. Man müsse dies in einem größeren Zusammenhang sehen und nicht über eine einzelne Einrichtung sprechen. Weiterhin finde sie, müssten erst mal genaue Besucherzahlen vorliegen, unterschieden zwischen den privaten Veranstaltern im Erdgeschoss, den vom Lionsclub finanzierten Konzerten und den Ausstellungen im Obergeschoss. Sonst wisse man doch gar nicht, für wie viel Prozent der Bevölkerung dieses Angebot verteidigt und weiterfinanziert werde. Genaue Zahlen würden auch von den Bürgerzentren und den einzelnen Jugendzentren verlangt.

Herr Waldschmidt erklärt, er könne Frau Dietsch nur zustimmen. Man müsse mit den Einzeldiskussionen in den einzelnen Ausschüssen aufhören. Ein ausgewogenes Gesamtkonzept sei nötig, welches dann auch den Bürgern vorgestellt werden solle. Im Haushaltskonsolidierungsarbeitskreis solle aus den Vorschlägen der Verwaltung ein vernünftiges Konzept erstellt werden.

Auch Herr Miede hält eine gemeinsame Diskussion in allen Bereichen für erforderlich, dann ergäben sich auch sinnvolle Lösungen. Eine getrennte Diskussion in den einzelnen Ausschüssen und nur die eigene Sicht auf die eigenen Probleme führe nicht weiter, dazu sei die Situation zu ernst.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zu Kenntnis genommen.

17. **Archivbericht 2009**
0261/2010

Frau Lehnert möchte gerne wissen, ob es für den Rückgang der Besucherzahlen von 2008 nach 2009 (Seite 119) eine Erklärung gebe.

Herr Dr. Eßer erläutert, in den geraden Jahren fänden der „Tag der Archive“ und der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten statt. Diese beiden Anlässe führten zu einer verstärkten Nutzung des Archivs.

Herr Dr. Miede lobt die unter dem Punkt Perspektiven aufgeführten Aktivitäten. Auf der anderen Seite sei aber auch zu lesen, die Reduzierung der Mitarbeiterzahl habe sich beeinträchtigend und negativ ausgewirkt. Er bittet Herrn Dr. Eßer für den nächsten Ausschuss eine Aufstellung einzureichen, welches Personal benötigt werde und welches derzeit zur Verfügung stehe.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

18. **Theaterbericht 2009 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**
0269/2010

Herr Pfenning möchte zunächst die Frage von Frage Dietsch bezüglich der Bereitstellung von Räumen für die Proben von Theas Theaterschule beantworten. Der Bergische Löwe habe zwar noch räumliche Kapazitäten, aber hier gehe es nicht um ein einmaliges Projekt, sondern um eine dauerhafte Lösung. Der Bergische Löwe müsse sich jedoch eine gewisse Flexibilität bei den Vermietungen offen halten. Ein anderer Aspekt sei die Finanzierung. Andere vergleichbare Nutzer, wie z. B. die Ballettschulen, die den Löwen anmieten, müssten normale Miete zahlen.

Herr Bräunlich fragt, ob die Reduzierung des Theaterangebotes bei Beibehaltung oder weiterer Kürzung des Zuschusses tatsächlich unausweichlich sei und wie hoch der Zuschuss sein müsste, um das Angebot nicht einzuschränken. Ferner möchte er gerne wissen, ob es im Jahr 2009 kein fremdsprachliches Theater gegeben habe.

Herr Pfenning erklärt, in 2009 habe es als fremdsprachliches Theater die Aufführung von Romeo und Juliet gegeben, mit 330 Besuchern. Es werde auch weiterhin fremdsprachliches Theater angeboten. Bezüglich der Reduzierung des Programms verweise er auf die Auflistung der Zuschüsse seit 1992 bis heute in Anlage 3. Die Aufführungen würden teurer und um eine gewisse Qualität zu halten, müsse bei gleicher finanzieller Ausstattung reduziert werden.

Herr Dr. Miede möchte gerne wissen, ob die in der Anlage 3 in der Tabelle „Kulturetat anderer Städte“ (Seite 128) aufgeführten Städte auch im Nothaushalt seien. Dies finde er für den Vergleich und die Diskussion eine wichtige Information.

Herr Pfenning kann diese Frage nicht beantworten, werde dies aber eruieren. Die in der Auflistung genannten Städte stammten teilweise aus den „reichen“ Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg, seien aber in der Größe größtenteils vergleichbar mit Bergisch Gladbach. Im Vergleich liege Bergisch Gladbach im Mittelfeld.

Herr Dresbach regt an, für Senioren besondere Veranstaltungen und günstige Eintrittspreise, wie z.B. beim Seniorenkino anzubieten. Evtl. sei es auch möglich, bei nicht ausverkauftem Haus Eintrittskarten für einen geringeren Betrag abzugeben.

Herr Pfenning entgegnet, das Abonnentenpublikum sei schon das ältere Publikum. Die Eintrittspreise beim Kultkino würden sich mit 3 € auch eher im unteren Bereich bewegen. Auch hier gebe es viele ältere Zuschauer. Bezüglich der verbilligten Abgabe von Karten bei nicht ausverkauftem Haus habe er bereits Gespräche mit Herrn Zenz vom Fachbereich 5 geführt. Dies müsse sehr vorsichtig angegangen werden, da eine verstärkte Abgabe verbilligter Karten den normalen Verkauf gefährden könne.

Herr Schütz hat noch eine Nachfrage zu der Vergleichstabelle. Danach liege Bergisch Gladbach im unteren Drittel. Es seien jedoch keine Städte aufgeführt, die weniger Zuschuss erhielten. Er möchte gerne wissen, ob es möglich sei, diese Tabelle zu ergänzen oder das Original aus dem Jahrbuch als Anlage dem Protokoll beizufügen, um zu sehen, welche Städte vergleichbarer Größe einen geringeren Zuschuss erhielten.

Herr Pfenning antwortet, eine Ergänzung der Tabelle sei möglich. Das Jahrbuch als Anlage den Protokoll beizufügen sei jedoch nicht möglich, da dies außerordentlich umfangreich sei.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

19. Jahresbericht 2009 Bürgerzentrum Steinbreche
0333/2010

Auf die Frage von Herrn Waldschmidt, ob die Stelle des Hauswartes wieder besetzt worden sei, antwortet Herr Mömkes, derzeit nehme die Ehefrau des ausgeschiedenen Hauswartes die Aufgaben wahr. Es werde aber eine geeignete Nachfolge gesucht.

Herr Dr. Miede findet die Steigerung der Anzahl der Veranstaltungen sehr positiv und erfreulich.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

20. Jahresbericht 2009 Bürgerzentrum Schildgen
0334/2010

Auf Rückfrage von Herrn Dresbach zum Betriebskostenzuschuss erläutert Herr Dr. Speer, der Betriebskostenzuschuss sei eine Leistung der Stadt, die bei der Überlassung des Bürgerzentrums vereinbart worden sei. Derzeit bestehe das Problem, dass der TUS Schildgen für den Betriebskostenzuschuss der Stadt Umsatzsteuer zahlen müsse. Der TUS Schildgen sei ein Sportverein und habe den Betrieb des Bürgerzentrums nicht als Vereinszweck in seiner Satzung stehen. Daher werde dieser steuerrechtlich als ein Betrieb gewerblicher Art angesehen. Beim Trägerverein Bürgerzentrum Steinbreche Refrath liege die Situation anders, da hier der Vereinszweck der Betrieb des Bürgerzentrums sei und somit als Zweckbetrieb angesehen werde. Momentan werde an einer Lösung gearbeitet.

Herr Dresbach schlägt vor, es solle ein Verein als Kooperationspartner dazu genommen werden, der dann den Betrieb des Bürgerzentrums als Vereinszweck habe.

Herr Mömkes teilt mit, er habe in diesem Zusammenhang bereits den Vorschlag gemacht, einen Förderverein bzw. Trägerverein zu gründen, der das Haus dann offiziell übernimmt und an den TUS Schildgen auf Dauer vermietet.

Auf die Anregung von Herrn Waldschmidt noch einmal mit den Finanzbehörden zu sprechen, entgegnet Herr Dr. Speer, solche Gespräche hätten schon ergebnislos stattgefunden.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

21. Bericht des Stadtverbandes Kultur e.V. *0322/2010*

Herr Dr. Speer erläutert, der neue Vorstand des Stadtverbandes Kultur e.V. möchte nach nunmehr einjähriger Amtszeit dem Ausschuss über seine initiierten Projekte, Aktivitäten und Pläne berichten. Der Stadtverband Kultur habe sich zu einem ganz wichtigen Segment im Kulturleben der Stadt entwickelt. Darüber sei die städtische Kulturverwaltung außerordentlich froh.

Frau Beisenherz-Galas möchte dem städtischen Kulturbüro für die Unterstützung bei der Durchführung der KulturTage des Stadtverbandes „verwurzelt und verzweigt – Rund um den Baum – Rund um den 1. Mai“ danken.

Herr Dr. Miede möchte noch wissen, ob der Stadtverband Kultur bzgl. der Nutzung der Alten Feuerwache durch die freien Kulturschaffenden (Seite 157 – Perspektiven) einen Antrag gestellt habe oder ob dies nur eine Anregung sei.

Herr Dr. Speer antwortet, es liege noch kein offizieller Antrag des Stadtverbandes vor.

Frau Beisenherz-Galas fragt in diesem Zusammenhang an, ob es nicht möglich sei, einen Prüfauftrag zu stellen, der die Eignung der Alten Feuerwache für ein solches Vorhaben feststelle. Die „Gnadenkirche“ habe wohl ein Gutachten erstellen lassen, wonach die Räumlichkeiten nicht mehr geeignet seien und abgerissen werden sollten. Dies solle doch noch mal geprüft werden.

Herr Rockenberg bestätigt, die „Gnadenkirche“ habe intern überlegt, ein ähnliches Projekt durchzuführen. Sie habe den Sanierungsbedarf ermitteln lassen. Dieser sei aber so hoch, dass die Kirche von einer Sanierung Abstand genommen habe. Die Frage jedoch sei, ob die Stadt auch bereit sei, dieses Areal zur Verfügung zu stellen, und wenn ja, für welche Summe.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

22. Anträge der Fraktionen

22.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) zum Neubau des Schwimmbades Mohnweg *0289/2010*

Herr Dr. Speer erläutert, der Antrag sei vom Rat auf Grund der grundsätzlichen Angelegenheit für den Schwimmsport an den ABKSS verwiesen worden. Die Verwaltung schlage nun vor, wenn es um die grundsätzlichen Angelegenheiten des Schwimmsports gehe, die Ergebnisse des

Sportentwicklungsplans abzuwarten. Erst wenn diese Ergebnisse vorlägen, könne man Aussagen über die Notwendigkeit von Wasserflächen machen und den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss überweisen.

Herr Schwamborn erklärt, die Fraktion DIE LINKE. (mit BFBB) könne den Ausführungen der Verwaltung nicht folgen. Sie beantrage eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) in der heutigen Sitzung, dass dieser Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen werde, um endlich zu einer Entscheidung über die Umwidmung der baulichen Maßnahme Schwimmbad Mohnweg zu kommen. Es gebe hierzu zwei Ratsbeschlüsse und es sei nicht einsehbar, dieses Projekt bis zum Abschluss des Sportentwicklungsplans hinauszuschieben. Im Schulschwimmbad Mohnweg gebe es ja nicht nur das Vereinsschwimmen sondern auch das Schulschwimmen. Daher appelliere er an die Ausschussmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Rockenberg erklärt klarstellend, es gebe zwar die Ratsbeschlüsse, es gebe jedoch auch die Priorisierung der Investitionsmaßnahmen, der der Rat zugestimmt habe.

Herr Waldschmidt geht auf die Ausführung von Herrn Dr. Speer ein. Er sei der Auffassung auch aus sachlicher Sicht solle nicht beraten werden. Auch hier müsse zunächst ein Gesamtüberblick über die finanzielle Situation erstellt werden. Aus den Mittel des Bäder-Fonds wolle man ja auch Schulen sanieren. In diesem Gesamtzusammenhang solle auch geprüft werden, ob diese Maßnahme da mit einfließen könne. Es sei derzeit völlig kontraproduktiv einzelne Beschlüsse zu fassen. Er stelle daher den Vertagungsantrag, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) solle bis zu den Haushaltsplanberatungen vertagt werden. Mit der Verabschiedung des Haushaltssicherungskonzeptes solle auch eine Entscheidung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) gefällt werden.

Herr Mömkes schließt sich Herrn Waldschmidt an. Der Beschluss sei vorbehaltlich der Finanzierbarkeit gefasst worden. In den Haushaltsberatungen müsse eine Perspektive für dieses Bad aufgezeigt werden. In Refrath, Frankenforst und Bensberg sei ein Hallenbad nicht nur für das Schulschwimmen sondern auch für das Vereinsschwimmen wichtig. Die Erkenntnisse aus dem Sportentwicklungsplan spielten für eine Entscheidung sicherlich auch eine Rolle. Deshalb könne die CDU-Fraktion diesem Vertagungsantrag zustimmen.

Auch Frau Scheerer erklärt, sie könne dem nur zustimmen. Im September werde im Rahmen des Sportentwicklungsplans über die Bädersituation gesprochen. Die Ergebnisse böten eine gute Grundlage für eine Entscheidung.

Herr Schütz findet, der Ausschuss könne durchaus hier diskutieren. Alle hätten den Wunsch dieses Bad zu erhalten. Jeder wisse aber auch, dass die finanziellen Mittel derzeit nicht zur Verfügung stünden. Die Frage gehe eigentlich eher an die Politik, ob diese nicht mal offen ausspreche solle, dass auf die nächsten Jahre hinaus höchstwahrscheinlich dieses Schwimmbad nicht saniert werden könne.

Herr Schwamborn erklärt, er sei mit Vorschlag von Herrn Waldschmidt, die Angelegenheit zu vertagen bis ein Gesamtkonzept, welches auch die Schulen einbeziehe, erstellt und über die Mittelverwendung aus dem Bäder-Fonds diskutiert sei, einverstanden.

Herr Dr. Mieke stellt den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU-Fraktion für den Vertagungsantrag von Herrn Waldschmidt.

23. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Scheerer möchte gerne einen Sachstand bezüglich der Einzäunung der Gemeinschaftsgrundschule in Hand.

Herr Speer erläutert, es habe in der letzten Woche ein Gespräch zwischen der Verwaltung, Fachbereich 8 und Fachbereich 4 und des SV Blau-Weiß Hand gegeben, bei dem ein Kompromissvorschlag erarbeitet worden sei. Danach würden die großen Tore weiterhin geschlossen bleiben, der Schulhof könne nach wie vor nicht befahren werden. Damit werde dem Bedürfnis der Anlieger entsprochen. Das kleine Tor an der Konradstraße zur Gymnastikhalle hin solle während des Übungsbetriebes aufbleiben und nach dem Übungsbetrieb vom Übungsleiter geschlossen werden. Diese Regelung werde erst mal für drei Monate erprobt. Danach werde über die Praktikabilität diskutiert.

Frau Scheerer stellt weiterhin folgende Anfrage:

„Es geht um die Gemeinschaftsgrundschule Hand. Und zwar sind da einige Pavillons absolut nach Süden ausgerichtet und haben überhaupt keine Möglichkeit die Klassenräume jetzt zu verschatten. Baumwuchs oder Sträucher sind auch irgendwie gestutzt worden, so dass eigentlich da absolute Südlage ist. Und das es bei den Sommertemperaturen, die wir im Augenblick haben, doch für die Kinder relativ kompliziert und schwierig ist, da unterrichtet zu werden.“

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herr Schütz hat folgende Anfragen:

Die Beschäftigung von Frau Tucholski laufe nun aus. Er möchte gerne wissen, ob es dafür eine Nachfolgeregelung gebe.

Herr Dr. Speer antwortet, Frau Tucholski habe ihr freiwilliges soziales Jahr Kultur in der Städtischen Galerie Villa Zanders abgeleistet. Es gebe jedoch keine Mittel, um eine weitere Stelle zu finanzieren.

Herr Schütz möchte einen Sachstand zum Sportentwicklungsplan und spricht die Gesprächsrunden der letzten Wochen an. Er möchte gerne wissen, ob dies in den Ausschuss oder in den Rat eingebracht werde.

Herr Dr. Speer erläutert, es hätten in der letzten Zeit diverse Workshops stattgefunden. Für die KIDinitiative hätte Herr Dr. Kerschner teilgenommen. Geplant sei den Sportentwicklungsplan im Herbst in den Ausschuss einzubringen. Die Politik habe den Wunsch geäußert, dass der Sportentwicklungsplan zu den Haushaltsberatungen vorliege.

Die letzte Frage von Herrn Schütz betrifft die Ausstellung von HA Schult im Bergischen Löwen. Zunächst möchte er Frau Lübbe den Dank für das Sponsoring aussprechen. Er möchte gerne wissen, wie weit es eine Kooperation mit oder eine Koordination durch die Fachbereichsleitung zwischen der Einrichtung Villa Zanders und dem Bergischen Löwen gegeben habe. Soweit es sich um Kunst handele sei doch erst mal die Villa Zanders zuständig. Er wundere sich darüber, dass im Bergischen Löwen, wo ja Theaterveranstaltungen stattfänden, eine Kunstaussstellung stattfände.

Herr Dr. Speer teilt mit, HA Schult habe eine Vorliebe für die Böhm-Architektur und habe das 30jährige Jubiläum des Bergischen Löwen zum Anlass für die Ausstellung genommen. Es habe einen engen Schulterschluss zwischen dem Bergischen Löwen, den Sponsoren, den Fachbereichen 3 und 4, dem Bürgermeister und all den anderen gegeben, die ein großes Interesse an einer solchen Ausstellung in Bergisch Gladbach gezeigt hätten.

Frau Beisenherz-Galas hat eine Frage zu dem Kunstler Austausch mit Joinville-le-Pont. Es habe eine sehr schöne Ausstellung im Kulturhaus Zanders gegeben, von der die Stadt sicherlich profitiert habe. Sie möchte gerne wissen, warum die Stadt nicht offiziell diese Künstler auch finanziell unterstützt habe. Sie habe gehört, der Kunstler Austausch sei auf privater Ebene gelaufen. Das Geld für den Austausch sei nur für die Stadtverordneten ausgegeben worden. Eigentlich sei das doch ein Missverhältnis. Die Künstler hätten doch wesentlich zu dem Gelingen beigetragen. Es könne ja nicht erwartet werden, dass Bürger alles immer privat tragen würden.

Frau Dietsch teilt erfreut mit, das Ehepaar Zanders habe auf ihre Anregung hin, das Kunstwerk von Frédérique-Emmanuel Pinton erworben und als Dauerleihgabe an die Stadt gegeben. Es werde im Bergischen Löwe ausgestellt. Dies sei in jeder Hinsicht eine positive Kooperation gewesen.

Frau Beisenherz-Galas entgegnet, der Ankauf sei natürlich eine wunderbare Sache. Dies ändere aber nichts an der Tatsache, dass es große Verärgerung darüber gegeben habe, dass die Künstler alles privat hätten bezahlen müssen. Sie bittet zu prüfen, ob nicht auch Künstler in dieses Programm Städtepartnerschaft miteinbezogen werden könnten, so wie die Stadtverordneten selbst.

Herr Dr. Speer erläutert, das Projekt sei von einer rein privaten Initiative ausgegangen. Die Künstlergruppe habe sich im letzten Jahr mit einem Projekt bei der Staatskanzlei beworben. Die Staatskanzlei habe dieses Projekt zwischen Künstlern aus Bergisch Gladbach und Joinville gefördert. Die Künstlergruppe habe dann angeregt, im Rahmen des Städtepartnerschaftjubiläums diese Ausstellung zu zeigen. Daraufhin hätten die Künstlergruppe und die Fachbereichsleitung versucht, die Ausstellung zu finanzieren. Die Fachbereichsleitung habe sich sehr um Sponsoren bemüht; die Veranstaltung konnte teilweise über Sponsorengelder abgesichert werden. Die städtische Verwaltung habe auf Grund der Restriktionen des Nothaushaltes auch gar nicht die Mittel gehabt, um diese Ausstellung vollständig zu finanzieren. Jedoch habe man in Absprache mit dem Veranstalter versucht, dies möglichst abzufedern. Die Künstler aus Joinville seien daher privat von den Bergisch Gladbacher Künstlern untergebracht worden. Die Kulturverwaltung habe einen Weg gefunden, sich an den Fahrtkosten zu beteiligen.

Im Rahmen der Städtepartnerschaft seien die Künstler aus Joinville und Bergisch Gladbach vom Bürgermeister zu einem Abendessen als auch zur offiziellen Veranstaltung im Rathaus Bensberg eingeladen worden.

Frau Koshofer merkt an, auch sie habe von dieser Verärgerung gehört. Sie sei froh, dass noch eine gute Lösung gefunden worden sei. Sie möchte sich aber noch ausdrücklich bei Frau Dietsch für ihre Bemühungen, sowohl beim dem Erwerb des Kunstwerkes als auch der Veranstaltung HA Schult bedanken.

Frau Scheerer stellt noch folgende Anfrage:

„Es ist folgendes Problem in Bergisch Gladbach: Sowohl die Bäder-GmbH als auch viele Schwimmvereine bieten Schwimmerlernungskurse für die Kleinen an, die sehr nachgefragt sind. Die haben meistens 6 Monate Anmeldevorlauf, bis sie also einen Platz bekommen. Es gibt Eltern, die haben sich einen privaten Schwimmlehrer dann besorgt, weil sie nicht so lange warten wollen. Diese sind damit also ins Paffrather Schwimmbad gegangen und das wurde nicht sehr gerne gesehen bzw. sie wurden dann mit diesem privaten Schwimmlehrer eigentlich hinaus komplimentiert. Ich hätte gerne dazu eine Stellungnahme. Ich meine, das ist ja, wenn man eine sechsmonatige Vorlaufzeit hat, und manchmal möchte man lieben haben, dass die Kinder schneller schwimmen lernen, und macht dann Eigeninitiative und das findet dann die Bäder-GmbH nicht gut.“

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herr Mönkes spricht die Kurzstunden an, die an den heißen Tagen an Bergisch Gladbacher Gymnasien eingeführt worden seien. Er finde, eine Kurzstunde sei vom Lernerfolg her nicht sonderlich effektiv. Ferner sei er der Meinung, hier würde Etikettenschwindel betrieben; nach außen hin würde dargestellt, der Stundenplan sei erfüllt worden, ohne Hitzfrei gegeben zu haben.

Herr Dr. Miede antwortet, die Kurztunde stünde schon lange in der Diskussion. Er empfiehlt Herrn Mömkes zunächst die Lehrerkonferenz in seiner eigenen Schule zu fragen, welche Regelung diese bevorzugen würde. Eine gesetzliche Regelung hierzu gebe es nicht.

Herr Schütz spricht einen Brief an, den er von Eltern von Schülern der Otto-Hahn-Realschule erhalten habe. Dort gebe es mittlerweile massive Aggressionen von einzelnen Schülern gegen andere Schüler, aber auch gegen das Lehrpersonal. Die Eltern fragten nun an, ob ein Schulpsychologe eingestellt werden könne. Er möchte gerne wissen, ob dieser Brief der Verwaltung bekannt sei, und wenn ja, wie der Sachstand sei.

Herr Dr. Speer antwortet, dieser Brief sei ihm nicht bekannt. Herr Schütz wird den Brief an die Verwaltung weiterleiten.

Herr Dr. Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Bürgermeister

Schriftführung